

duz

DEUTSCHE
UNIVERSITÄTS
ZEITUNG

08

18.08.2017 | EUR 9,80

Die Pläne der Parteien
im Realitätscheck
von Experten 26

WAHLKAMPF

mit **SPECIAL**
duz

Forschung für die Zukunft

Digitalisierung, Diversität
und Lebenslanges Lernen
an der FernUniversität in Hagen

Rückzug geht gar nicht

Warum er die Empfehlungen der
Wissenschaftsakademien zu Social Media
skeptisch sieht, sagt Markus Weißkopf 14

Plötzlich Schluss

Wie deutsche Hochschulen
mit dem Druck auf ihre Partner
in der Türkei umgehen 22

Plötzlich ist Schluss

In der Türkei verlieren Wissenschaftler ihre Jobs und werden Hochschulen geschlossen. Vertreter deutscher Institute, die mit ihnen kooperieren, müssen zwischen Austausch und Abgrenzung manövrieren. Ein Rückzug würde den türkischen Kollegen schaden.

von Jeannette Goddar

Repression in Zahlen

- **5000 Angestellte** türkischer Hochschulen sind bis zum Frühjahr entlassen worden.
- **Zum Jahrestag des Putschversuchs**, Mitte Juli, verloren 300 weitere Hochschulangestellte ihren Job.
- **400 Professoren und Dozenten** mussten seit 2016 gehen, weil sie sich mit ihrer Unterschrift unter den Appell der Akademiker für den Frieden für ein Ende des Militäreinsatzes in den Kurdengebieten eingesetzt hatten.
- **15 Hochschulen** mussten schließen.
- **Amnesty International berichtet**, die massenhaften Entlassungen fänden „willkürlich“ und auf der Grundlage „vager und verallgemeinernder“ Behauptungen über „Verbindungen zu terroristischen Organisationen“ statt. Anfechtungen seien den Entlassenen im öffentlichen Dienst verwehrt.
- **„No End in Sight“** heißt der Bericht, den Amnesty International über die Türkei im Mai 2017 veröffentlichte: <http://tinyurl.com/y9btw5tc>

Es erwischte sie kalt: Dr. Hilal Alkan, Nachwuchswissenschaftlerin an einer privaten Universität in Istanbul, war mitten in ihrer Forschung zu den Netzwerken syrischer Flüchtlinge in Istanbul, als sie ihr Entlassungsschreiben erhielt. Nur zwei Tage, nachdem sie einen Aufruf der „Akademiker für den Frieden“ – und gegen ein weiteres militärisches Vorgehen der Türkei in den Kurdengebieten – unterzeichnet hatte. Das war 2016. Jetzt, mehr als ein Jahr später, sitzt sie am Rande des Parks Sanssouci im Zentralgebäude der Potsdamer Universität. Draußen ist bestuhlt und gedeckt, Hunde schnüffeln an den Blumenbeeten; bei dem Festakt zum Semesterende am Nachmittag wird Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprechen.

Zuvor stellt Uni-Präsident Prof. Oliver Günther, Ph.D., die Politikwissenschaftlerin, die am Nachmittag geehrt wird, der Presse vor: Hilal Alkan ist erste Trägerin des „Voltaire-Preises für Toleranz, Völkerverständigung und Respekt vor Differenz“, den die Universität Potsdam und die Friede-Springer-Stiftung an Wissenschaftler vergeben, die sich für die Freiheit von Forschung und Lehre und für das Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzen. Angesichts der Realität in Ländern wie der Türkei, Ungarn, Russland bis in die USA, sagt Günther, müsse deutlich werden: „Diese Entwicklungen sind nicht nur aus persönlicher Sicht problematisch, sondern von einem systemischen Standpunkt: Sie gefährden die freie Gesellschaft.“

Entlassungen an der TDU

Die Potsdamer Universität hat nicht nur einen neuen Preis ins Leben gerufen. Sie ist auch ein zentraler Partner der Türkisch-Deutschen Universität (TDU) in Istanbul, jener Hochschule, die die Republik Türkei und die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam gegründet haben und finanzieren. Diese ist von den massiven „Säuberungsaktionen“ in Wissenschaft und Presse nicht verschont geblieben. In den zwei Wochen nach dem Putschversuch 2016 wurden an der TDU zwei Dekane des Amtes entlassen und sechs wissenschaftliche Mitar-

beiter suspendiert. Es handle sich, erklärte der TDU-Rektor Prof. Dr. Halil Akkanat danach in einer schriftlichen Antwort auf Fragen der duz, nicht um eine „TDU-spezifische Maßnahme“ und auch nicht um Entlassungen. Der türkische Hochschulrat wolle sich „nach einer schnellen Überprüfung die Entscheidung über die Wiederernennung selbst vorbehalten“. Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende des deutschen Hochschulkonsortiums der TDU, sagte der duz, die deutsche Seite erwarte rechtsstaatliche Verfahren; und „dass jeder, gegen den nichts gefunden wird, auch wieder unverzüglich in den Dienst zurückkehren kann“.

Inzwischen sind die sechs Mitarbeiter entlassen. Nicht alle, berichtet DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland, wurden davon in der Türkei überrascht. Einer sei von einem Auslandsaufenthalt nicht an die TDU zurückgekehrt, was zu einer „eher formalen“ Begründung geführt habe: „Er habe seine Dienstverpflichtungen an der TDU nicht wahrgenommen“, so Rüland.

Özcan Mutlu, bildungspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, steht in engem Austausch mit den „Akademikern für den Frieden“, ebenso mit ehemaligen Mitarbeitern der TDU. Die deutsch-türkische Zusammenarbeit in der TDU, sagt er, müsse unbedingt aufrechterhalten werden: „Die demokratischen Kräfte in der Türkei müssen wir unterstützen.“ Außerdem gelte es, nicht immer nur an das Hier und Jetzt zu denken: „Wenn Erdogan irgendwann nicht mehr regiert“, so der grüne Bildungspolitiker, „wollen wir ja nicht sämtliche Verbindungen wieder von vorn aufbauen.“

Gratwanderung

Allerdings ist die Zusammenarbeit unter den aktuellen Umständen eine Gratwanderung für die deutschen Partner-Universitäten. Das wird in Potsdam unübersehbar deutlich. Die Situation sei alles andere als einfach, sondern „stürmisch“ und „zunehmend schwierig“, räumt Präsident Günther unumwunden ein: „Nicht alle in der Türkei teilen die Ideen, von denen wir denken, dass sie Wissenschaft determinieren.“ Dennoch könne „bei schönem Wetter jeder



Protest an der Universität Ankara gegen Entlassungen von Hochschulmitarbeitern in der Türkei: Wissenschaftler legen ihre Talare auf den Boden.

reden“; ein gemeinsames Projekt sei „vielleicht in Zeiten der Krise noch wichtiger als zuvor“. Auf die Nachfrage, ob man in der Türkei denn wisse, dass die Universität Potsdam heute eine Wissenschaftlerin ehre, die – ebenfalls ohne rechtsstaatliches Verfahren – vor Ort entlassen wurde und heute als Fellow am Forum Transregionale Studien in Berlin weiterforscht, antwortet Günther: „Davon gehen wir aus.“

Dass die TDU sich deswegen noch melden wird, ist nicht ausgeschlossen. Als im März eine Stellungnahme des Akademischen Senats der TU Berlin erging, in der von der Prüfung der Ehrendoktorwürde des türkischen Präsidenten Binali Yıldırım die Rede war, bekam Präsident Prof. Dr. Christian Thomsen Post: Der Beschluss sei geeignet, die „türkisch-deutschen Beziehungen erheblich zu beeinträchtigen“, schrieb TDU-Rektor Akkanat. Anders als suggeriert, würden in der Türkei nicht wegen akademischer Aktivitäten Hochschu-

len geschlossen und Wissenschaftler entlassen, sondern wegen politischen Aktivitäten und der Zusammenarbeit mit einer „terroristischen Organisation“. Eine Replik bekam Akkanat nicht: Die TU habe den Brief „zur Kenntnis genommen, aber nicht beantwortet“, erklärt Thomsen. Begegnet seien sich Thomsen, Akkanat und weitere Mitarbeiter beider Universitäten längst wieder: Die akademische Zusammenarbeit sei „ungebrochen und unvermindert“ – und gestört nur insofern, dass so mancher TU-Mitarbeiter zögerlicher als zuvor in die Türkei reise. „Intendierte Einschränkungen“ der Wissenschaftsfreiheit in den vier Studiengängen der TDU ließen sich nicht beobachten. Und was die 2011 verliehene Ehrendoktorwürde des Ministerpräsidenten angehe, behalte dieser sie – weil sie nach geltendem Berliner Recht nur wegen wissenschaftsbezogener, nicht aber wegen politischer Vergehen entzogen werden kann. „Heute würde er sie nicht mehr bekommen“, so Thomsen.

Einen Rückzug aus der TDU schließen Thomsen ebenso wie Günther und auch der DAAD aus. „Wem hilft das denn?“, fragt Generalsekretärin Rüländ. Gerade in der jetzigen Lage und trotz einer „fast täglichen Gratwanderung“ müsse es – wie im übrigen auch in zahlreichen anderen Ländern – weiterhin darum gehen, „jene zu stärken, die offen sind. Und von denen werden wir geradezu bekniert, weiterzumachen“. Ebenso wichtig dabei sei allerdings, gleichzeitig immer wieder zu sagen, dass „die Freiheit von Forschung und Lehre für uns nicht verhandelbar ist“.

Rückgang bei Erasmus

Nun ist die TDU ein spezieller Fall, weil sie mit deutschem Geld kofinanziert wird. Türkisch-deutsche Hochschulkoperationen gibt es 1300. Einen Rückgang verzeichnet der DAAD in selbigen vor allem beim Erasmus-Austausch: Die Zahl der Studierenden, die in die Türkei gehen oder von dort kom-

men, sei „erheblich gesunken“, sagt Rüländ. Ansonsten gilt auch hier: Ruft man an den Universitäten an, heißt es meist, die Kooperationen liefen weiter; teils nach einer gewissen Sendepause.

„Überall dort, wo Wissenschaft unter Druck ist, sind die meisten für Kontakte in eine von größerer Freiheit geprägte Außenwelt äußerst dankbar“, erklärt Prof. Dr. Joybrato Mukherjee. Die Universität Gießen, deren Präsident er ist, unterhält gleich auf mehreren Ebenen Kontakte in die Türkei. Es gibt Partnerschaften, innerhalb derer nahezu alle Fakultäten zusammenarbeiten, und Kooperationen mit punktueller Zusammenarbeit. Außerdem bestehen Abkommen zum Austausch von Studierenden. Von diesen kam der Universität Gießen eines abhanden – die private Fatih University in Istanbul wurde geschlossen. Alle anderen Kontakte bestehen weiter, gegebenenfalls auch auf der Ebene unterhalb der Führungsetagen: „Zum Teil sind da ja über Jahre enge, auch persönliche Freundschaften entstanden“, sagt Mukherjee, „und damit auch sehr wertvolle Gelegenheiten zum Austausch.“

Und was hören die Gießener Professoren, wenn sie den Austausch pflegen? „Viel Un erfreuliches“, sagt Mukherjee, „immer wieder auch von Kollegen, die von Repressionen betroffen und, schlimmstenfalls, auch entlassen oder gar verhaftet wurden.“ Dann gelte es, bei offiziellen Treffen in gebotener Höflichkeit die eigene Sicht mitzuteilen – und bei informellen Treffen in den konstruktiven Dialog zu gehen. „Der vorpolitische ist der politische Raum geworden“, sagt Mukherjee, „potenziell bietet jedes Abendessen die Gelegenheit für offene Gespräche. Und die sind für Wissenschaftler in anderen Ländern, das muss man ja auch einmal sagen, viel wichtiger als für deutsche.“ Dessen ungeachtet unterstützt die Justus-Liebig-Universität Gießen Wissenschaftler, die in der Türkei verfolgt wurden: Zwei von fünf Philipp-Schwartz-Stipendiaten, die in Gießen lehren und forschen, stammen von dort.

Nach dem Putsch geschlossen

Es sind aber auch Hochschulkooperationen beendet worden – weil die, mit denen man kooperierte, nicht mehr arbeiten dürfen. Einer, der seine Arbeit deshalb nicht weiterführen konnte, sitzt – ausgerechnet – in Potsdam: der Religionswissenschaftler Prof. Dr. Johann Ev. Hafner. Immer wieder ist er in den vergangenen Jahren mit Stu-

dierenden in die Türkei gereist, besuchte Oberrabbiner, das orthodoxe Patriarchat in Istanbul, alevitische Cem-Häuser. Sein Partner in Istanbul war die Fatih University in Istanbul, eine private Einrichtung mit 15 000 Studierenden, die nur eine Woche nach dem Putschversuch im Juli 2016 geschlossen wurde. „Von der E-Mail-Adresse seiner Mutter aus teilte uns unser Partner mit, die Universität sei zu, wegen angeblicher Gülen-Nähe“, erzählt Hafner. Damit liegt nicht nur die Zusammenarbeit auf Eis; Hafner fragt sich auch, „was das für 15 000 Studierende bedeutet“ und für die Anerken-

nen, die Kritik am türkischen Staat üben“, auf den Weg, die mehr als 60 000 Menschen unterzeichneten. Er argumentiert: „In deutschem Rechtsverständnis gilt bis zum Beweis des Gegenteils die Unschuldsumutung.“ Selbiges erwartet er auch von der Hochschule, die mit deutschen Geldern finanziert wird – der TDU. „Eine Offenlegung des Verfahrens mitsamt Unterlagen muss ein deutscher Kooperationspartner erwarten“, moniert er, „dass Mitarbeiter einer deutschen Partner-Universität ohne Einsicht der deutschen Seite entlassen werden, darf nicht sein.“

So sieht es auch die türkische Soziologin Dr. Asli Vatansever. „Wenn die deutsche Seite keinen Einfluss darauf hat, wer dort entlassen wird, gehört die Zusammenarbeit beendet“, fordert sie, „es geht nicht an, dass man ein-

fach so weitermacht wie bisher.“ Nach der Unterzeichnung des Aufrufs der „Akademiker für den Frieden“ verlor sie ihren Job an der privaten Dogus-Universität in Istanbul und flüchtete nach Deutschland. Sie forscht jetzt am Zentrum Moderner Orient (ZMO) in Berlin. Die im Ausland lebenden Unterzeichner des Aufrufs haben sich vernetzt, berichtet sie, mit Gruppen etwa in Großbritannien, Frankreich und Deutschland: „Wir halten uns gegenseitig auf dem Laufenden, über Stellen und Stipendien. Und darüber, wie wir nun weitermachen – wir haben nicht vor, jetzt Ruhe zu geben.“ ■

Jeannette Goddar
ist Journalistin in Berlin.

„Äußerst dankbar für Kontakte in eine freiere Außenwelt“

nung ihrer Studienleistungen. Promovierende, die wissenschaftlich oder anderweitig, heimatlos wurden, sah der Potsdamer Religionswissenschaftler allein in den vergangenen Wochen drei. „Noch gestern war einer hier, der alevitische Gebetshäuser untersucht hat und einen neuen Doktorvater sucht, weil sein Professor nicht mehr im Dienst ist“, erzählt Hafner, „ein anderer sitzt mit 115 Interviews aus gemischt-religiösen Dörfern da und wird wegen Gülen-Nähe verfolgt. Nun hat er in Deutschland Asyl – aber keine wissenschaftliche Heimat.“

Mehr Rückgrat gefordert

Im vergangenen Jahr brachte Hafner eine Petition zur Solidarität mit „unseren Kollegen an türkischen Universitäten, auch mit

Flucht meist nach Deutschland

- Für entlassene türkische Wissenschaftler entwickelt sich Deutschland offenbar zum Hauptaufnahmeland; die größte Landesgruppe der geflüchteten türkischen „Akademiker für den Frieden“ lebt hier. Nach Angaben des Netzwerks „Scholars at Risk“ ist Deutschland seit 2016 Hauptzielland für geflohene Wissenschaftler in Europa; 20 Hochschulen gründeten im Herbst 2016 eine deutsche Sektion des Netzwerks.
- Die zunehmende Attraktivität dürfte auch an den Philipp-Schwartz-Stipendien liegen, mit denen Stiftungen und das Auswärtige Amt Universitäten dabei unterstützen, gefährdete Wissenschaftler aufzunehmen. In der aktuellen Förderrunde stammen 40 der 56 Stipendiaten aus der Türkei, gab die koordinierende Alexander-von-Humboldt-Stiftung im Juli bekannt.